

**Bernhard RAPKAY:**  
**"EU setzt neue Maßstäbe für Transparenz im Rohstoffsektor"**  
**Einigung zwischen Rat und Parlament in Trilogverhandlungen**

Geschäfte mit Rohstoffen, wie etwa Öl, Gas, Metalle oder auch Holz, werden in Zukunft transparenter. Vertreter des Europäischen Parlaments und des Rates haben sich am Dienstagabend in so genannten Trilogverhandlungen auf einen Kompromiss für die zukünftigen Transparenzanforderungen und Publikationspflichten für Rohstoff- und Forstwirtschaftsunternehmen geeinigt.

**Bernhard RAPKAY**, SPD-Europaabgeordneter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, begrüßt das Ergebnis: "In Zukunft müssen europäische Unternehmen, die im Rohstoffsektor tätig sind, ihre Zahlungen an Regierungen – wie etwa Lizenzen und Steuern – detailliert und für jedes einzelne Projekt veröffentlichen. Damit setzt die EU einen weltweiten Maßstab für mehr Transparenz im Rohstoffsektor." Die Publikationspflichten gelten für Zahlungen ab einem Schwellenwert von 100 000 Euro. Die neuen Vorschriften sollen auch für Unternehmen gelten, die zwar außerhalb der Europäischen Union ihren Sitz haben, aber an einer Börse in der EU gelistet sind.

"Mit den neuen Regeln wollen wir Korruption verhindern und gerade in rohstoffreicheren Entwicklungsländern sicherstellen, dass auch die Menschen von den wertvollen Naturschätzen ihrer Länder profitieren", so **Bernhard RAPKAY**.

Das Parlament hatte sich bei den Verhandlungen insbesondere auf Drängen der Sozialdemokraten gegen vom Rat favorisierte Ausnahmeregelungen durchgesetzt, die eine Anwendung der Vorschriften verwässert hätten. "Mit diesem neuen Regelwerk tragen wir deutlich dazu bei, dass die EU und europäische Unternehmen ihrer Verantwortung für soziales und nachhaltiges Wirtschaften und Handeln gerecht werden", so **Bernhard RAPKAY**.

Sozialdemokraten und Grüne hatten sich dafür ausgesprochen, dass alle europäischen Unternehmen, nicht nur jene in der Rohstoff- und Holzwirtschaftsbranche, ihre Zahlen offenlegen müssen. "Leider hat eine konservativ-liberale Mehrheit im Rechtsausschuss sowie erheblicher Widerstand im Ministerrat – darunter auch die schwarz-gelbe Bundesregierung – aber eine umfassende länderbezogene Berichtspflicht verhindert", so **Bernhard RAPKAY** abschließend.

*Für weitere Informationen: Büro Bernhard RAPKAY +32 228 47593 und Algara Stenzel (Pressesprecherin) +32 473 930 060 (GSM)*